

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Helm. Jahrendrach, Düsseldorf 100, Tannenstr. 33, Telefon 32423 • Druck und Versand Joh. van Nieu, Crefeld, Luth. Kirchstr. 65, Telefon 24614 • Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 32

Düsseldorf, den 8. August 1925.

Verfandort Crefeld

## Zur Frage des Familienstandlohnes.

Von Bernhard Otte.

Der christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung ist in den verflochtenen Jahren vielfach der Vorwurf gemacht worden, daß sie nicht mit genügendem Nachdrucke und innerer Wärme für eine Abstufung des Lohnes nach Kinderzahl bzw. nach der Größe der Familie eintrete. Entsprechend der weltanschaulichen Einstellung der christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung, die die Familie als das wichtigste und die grundlegende Quelle allen Gemeinschaftslebens ansieht, hätte die Bewegung, so folgerte man, sich zum unbedingten Befürworter des Familienlohnes und der Gewährung ausreichender Sozial- oder Familienzulagen einsetzen müssen. Dieser Vorwurf ist indes größtenteils nicht gerechtfertigt und geht nicht nur an verschiedenen praktischen Schwierigkeiten, sondern auch an wesentlichen Punkten vorbei, welche auch eine Bewegung, die auf christlicher Weltanschauung beruht, berücksichtigen muß.

Unterliegen wir deshalb in Verbindung mit dem Familienstandlohne kurz sowohl die tatsächlichen Verhältnisse, wie auch diejenigen Faktoren, die bei der Lohnbildung im Zusammenhang mit der Leistung zu beachten sind. Berücksichtigt man nur die praktischen Schwierigkeiten, so ist überall dort, wo nur ein oder wenige Arbeitgeber in Frage kommen, leichter eine Lösung möglich. Für die Staatsbeamten und Staatsbediensteten, bei denen der Staat der Arbeitgeber ist, treten die Schwierigkeiten einer praktischen Lösung weniger hervor. Beweis hierfür sind die seitens des Staates zum Grundgehälter oder zum Grundlohne gezahlten Zulagen. Ob insbesondere bei den unteren Beamtengruppen und bei den Staatsarbeitern nicht eine Ueberpannung der Zulagen auf Kosten der Grundgehälter und Grundlöhne eingetreten ist, soll in diesem Zusammenhange nicht näher untersucht werden. Anders liegen die Verhältnisse in Industrie, Handwerk, Landwirtschaft und bei den freien Berufen. Hier kommt man besonders in Industrie und Handwerk nicht darum herum, die großen Verschiedenheiten zu berücksichtigen, die sich nach der Art des Gewerbes, seiner Struktur, insbesondere im Hinblick darauf ergeben, ob dasselbe Saisoncharakter hat, ob es überwiegend oder zum großen Teile Groß-, Mittel- oder Kleinbetriebe umfaßt, oder handwerksmäßigen oder industriellen Charakter aufweist.

Je größer die Zahl der Betriebe, je zersplitterter die Arbeit in diesen kleinen Betrieben sich vollzieht, um so größer die Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten ergeben sich ohne weiteres aus dem Umstande, daß für den verheirateten Arbeitnehmer mit Kinderzahl höhere Lohnaufwendungen zu machen sind und eine solidarische Haftung der Arbeitgeber für die Aufbringung der Mittel für die Kinderzulagen, insbesondere in mehr handwerksmäßigen und mit Kleinbetrieben stark durchsetzten Gewerben, sich schwer erreichen läßt. Ohne eine solche solidarische Haftung der Arbeitgeber, d. h. ohne Errichtung von Ausgleichskassen wird in der Regel eine Schädigung der verheirateten Arbeitnehmer, die Familienzulagen beziehen, zu gewärtigen sein. Das Betriebsrätegesetz bietet insbesondere im Zusammenhange mit den Konjunkturschwankungen in den einzelnen Gewerben nur schwachen Schutz gegen eine Verachtlichung bzw. Kündigung der verheirateten Arbeitnehmer zugunsten der Beschäftigung von ledigen Arbeitskräften. Wäthin ist die Errichtung von Ausgleichskassen das einzige Mittel, um solchen Gefahren wirksam vorzubeugen. In einigen Berufen sind entsprechend der Größe eines Tarifgebietes auch solche Ausgleichskassen eingeführt. Für Beteiligung an diesen Ausgleichskassen kommen meist nur diejenigen Arbeitgeber, die gleichzeitig Tarifkontrahenten sind, in Frage. Aus diesem Umstande erklären sich in den verschiedenen Bezirken und Berufen auch gewisse Verschiedenheiten bezüglich der Höhe der Zulagen.

Eifrige Anhänger des Familienstandlohnes vertreten den Standpunkt, daß Ausgleichskassen überall eingeführt, und wenn nicht zentral für alle Gewerbe, so doch wenigstens auf der Grundlage von Reichstarifen für jedes Gewerbe zentral eingerichtet werden müßten. Auf diese Weise könnte eine einheitliche Bemessung der Familienzulagen in den einzelnen Gewerben und durch die Errichtung eines Zentralausgleiches unter den einzelnen Reichsgewerbeausgleichskassen sogar eine für alle Gewerbe geltende einheitliche Bemessung erreicht werden. Die Befürworter dieser Vorschläge übersehen nicht nur die praktischen Schwierigkeiten der Durchführung derselben, ferner die verschiedene Lohnhöhe in den einzelnen Gewerben und im Zusammenhange damit, wie weit ein wirkliches Bedürfnis für eine allgemeine Gewährung von Familienzulagen vorhanden ist, sondern sie gehen ebenfalls nicht selten an dem vorbei, was grundsätzlich zu der Sache zu sagen ist.

So einfach liegen die Dinge nicht. Wer darüber unterrichtet ist, wie schwer die Schaffung von Reichstarifverträgen ist und wie auf diesem Gebiet eine Ueberpannung der Zentralisation sich tatsächlich auch ungünstig im Hinblick auf notwendige Spezialisierungen, die in betrieblichen, örtlichen und bezirklichen Eigenarten begründet liegen,

auswirken kann, wird ohne weiteres eingesehen, daß die Errichtung von zentralen Ausgleichskassen, die mit den tariflichen Abschlüssen und der räumlichen Begrenzung der Tarifgebiete übereinstimmen müßten, außerordentlich schwer ist.

Wenn man grundsätzlich die Frage des Familienstandlohnes betrachtet, so kommt man durchaus nicht ohne weiteres und ohne Vorbehalt zu einer reiflosen Begrenzung desselben. Der lohnpolitische Standpunkt des Gewerkschafters, im engeren Rahmen gesehen, ist folgender: Der Lohn muß jeweils bei der Grenze dessen, was die Produktivität des Betriebes vertragen kann, bzw. bei der Grenze des wirtschaftlich Tragbaren liegen. Wäthin soll die Lohnhöhe bzw. die allgemeine Quote bis an die Grenze des Höchstmöglichen hinaus gerückt werden. Geht man nun davon aus, so wird bei Gewährung des Familienstandlohnes, also bei Gewährung von Frauen- und Kinderzulagen, den ledigen Arbeitnehmern und den weniger kinderreichen Familien zugunsten des Arbeitnehmers mit stärkerer Familie ein geringerer Lohn gewährt, trotz gleicher Arbeitsleistung. Gerade bei den letzteren liegt der Schwerpunkt. Wir kommen bei der Beurteilung also zuletzt auf die grundsätzliche so außerordentlich wichtige Frage: ob sich der Lohn nach dem Prinzip der Leistungen oder des Bedarfs für die Familie richten soll. Man mag sich nun zu den Dingen stellen, wie man will: Selbst bei der weitest gehenden sozialen Einstellung und auch vom christlichen Standpunkte und vom Standpunkte der Gerechtigkeit aus, wird man das Prinzip der Leistung bei der Lohnfrage nicht außer acht lassen können, im Gegenteile, die Leistung wird an erster Stelle zu sehen haben. Es ist dabei nicht gesagt, daß man den Bedarf der kinderreichen Familien größer ist, außer Betracht lassen soll: Man wird unter Umständen auch diesen Gesichtspunkt stark in den Vordergrund rücken müssen. Am besten ist es, eine Lohnpolitik zu vertreten, die Leistung und Bedarf möglichst miteinander in Einklang bringt.

Grundsätzlich wird man sich durchaus auf den Standpunkt stellen müssen, daß der Lohn so hoch sein muß, daß auch eine größere Familie davon zu leben imstande ist. Die Gegner des Familienstandlohnes haben insbesondere diesen Gesichtspunkt immer stark hervor. Wenn man aber in der Praxis Umschau hält, und sich ferner auf die Schwierigkeiten, in denen sich manche Gewerbe befinden, vor Augen hält, wird man ohne weiteres zugeben müssen, daß in manchen Berufen die Erzielung eines Lohnes, der auch der kinderreichen Familie ein möglichst sorgenfreies Durchkommen ermöglicht, nur in geringem Umfange gewährleistet werden kann. Ein weiterer Gesichtspunkt, der ebenfalls stark in den Gesichtskreis gerückt und gegen den Familienstandlohn angeführt wird, ist der, daß es weder vom sozialen, noch vom bevölkerungs-politischen Standpunkte aus richtig sei, die unverheirateten Arbeitnehmer in der Lohnbildung zugunsten der verheirateten zu benachteiligen. Geschehe das letztere, dann sei die Gründung einer Familie und die Errichtung eines eigenen Haushaltes erschwert. Man kann mit Recht hier die Frage aufwerfen, ob infolge der Familienzulagen die ledigen Arbeitnehmer in der Bemessung des Lohnes schlechter gestellt werden, bzw., ob bei Fehlen der Familienzulage der Lohn für die Ledigen höher sein würde. Man wird, insbesondere bei mäßigen Zulagen, und in den Fällen, wo die höchstmögliche Lohngrenze im Betriebe oder Gewerbe nicht erreicht ist, das nicht ohne weiteres behaupten können. Noch ein weiterer Umstand wird vielfach übersehen: Gott sei Dank ist es in manchen Familien insbesondere noch so, daß das Einkommen auch der mitverdienenden Kinder im elterlichen Hause abgegeben und als Familieneinkommen betrachtet und verwaltet wird. Grundet eines der Kinder einen eigenen Haushalt, kann sorgen, insbesondere auch als Gegenleistung für die von den Kindern empfangene Hilfe, die Eltern wesentlich mit für die Errichtung desselben. Das Aufkommen der Industrie und die Komplizierung des ganzen Erwerbslebens haben leider vielfach den vorhin geschilderten idealen Zusammenhalt der Familien zerrissen.

Eine Gegenüberstellung des Für und Wider und eine Erörterung der tatsächlichen Verhältnisse zeigt jedenfalls, daß die ganze Frage nicht so leicht und auch nicht auf schematischem Wege zu lösen ist. Während der Inflationszeit, als der Lohn relativ sehr gering war, und zudem noch in entwertetem Zustande an den Empfänger gelangte, litten die kinderreichen Familien außerordentlich große Not. Zu dieser Zeit spielte die Frage der Familienzulage eine sehr große Rolle. Ihre Gewährung wurde in vielen Gewerben fast zwangsläufig. Wir müssen unter strengerer Verhältnissen wieder dahinkommen, daß der Lohn eine Höhe erreicht, die auch den kinderreichen Familien es ermöglicht, sich anständig zu ernähren, kleiden und wohnen zu können. Dieser an sich richtige Standpunkt darf allerdings nicht dazu führen, die Augen vor der Not, gerade der kinderreichen Familien zu verschließen.

Entschuldigend sich nur keiner damit, daß er in einer langen Reihe zu unterst steht; er bildet ein Glied, ob das erste oder letzte, ist gleichgültig, und der elektrische Funke könnte nicht durchfahren, wenn er nicht bestände, darum zählen sie alle für einen und einer für alle, und die letzten sind wie die ersten. Hebbel.

## Freie Gewerkschaften und Religion.

Unter der Ueberschrift „Ein Buch der Zukunft“ bringt die Afa-Bundeszeitung, das offizielle Blatt der sozialistischen Angestelltenverbände, in Heft 5 einen höchst lehrreichen Artikel. Wer denselben genau studiert, wird zu der klaren Erkenntnis kommen, daß der Weg, den die „freien“ Angestellten- und Arbeiterverbände eingeschlagen haben, in gerader Linie zum Sozialismus führt. Der Artikel von Mathilde Wurm, Mitglied der sozialistischen Reichstagsfraktion, befaßt sich mit dem von Kurt Kerlow-Wönnenstein, unter dem Titel „Das Kind als Träger der werdenden Gesellschaft“, herausgegebene Buch. Wenn nun die Afa-Bundeszeitung diesen Aufsatz bringt, dann besteht wohl die Annahme zu Recht, daß dieses Buch den Mitgliedern des Afa-Bundes — und dazu zählt auch der Deutsche Werkmeister-Verband, Sitz Düsseldorf — von der Leitung des Bundes nur bestens empfohlen werden kann.

Mathilde Wurm gibt in dem erwähnten Aufsatz eine gedrängte Uebersicht über Inhalt und Stoffgliederung des Buches. Man will durch dieses Buch nicht allein die Arbeitnehmerschaft, sondern auch schon das Kind in den Gedankenkreis des Sozialismus bringen. Denn ganz offen sagt M. Wurm, der Arbeiterklasse falle die Aufgabe zu, aus dieser Zeit des Uebergangs durch das Kind und mit ihm, aus den Trümmern der vergangenen absolutistischen Welt eine neue Welt der Demokratie aufzubauen.

Wir sehen also in aller Deutlichkeit das Endziel solcher Erziehungsbemühungen vor uns. Und da redet man in den Afa-Verbänden von parteipolitischer Neutralität. Damit jedoch nicht genug. Nicht nur soll das Kind dem Sozialismus überliefert, nein, die „heiligen“ Lehren des Marxismus sollen in das Herz des Kindes geträufelt werden. Denn der Aufsatz spricht von dem verderblichen Ehrgeiz der Eltern, der Tyrannie gegen ihre Kinder, die sie immer noch als ihr „Eigentum“ betrachten. Man stellt unwillkürlich beim Lesen dieser Zeilen die Frage: „Wie ist es möglich, daß ein derartiges Zeug in einem Gewerkschaftsblatt, das doch angeblich den wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder dient, den Lesern vorgelegt wird?“ Doch keine Aufregung, es kommt noch besser. Von allen möglichen Dingen und Problemen wird in diesem Aufsatz gesprochen, von Demokratie, Produktion, Nationalismus, Internationalismus, Pazifismus usw. An bestimmter Stelle jedoch wird die Rage aus dem Sack gelassen, denn da heißt es: „Notwendig ist vor allem die Durchsetzung der Schule mit dem demokratischen Bewußtsein. Die Kinder müssen in ihre Zukunftsaufgaben hineinwachsen, um Vollen der zu werden an dem, was ihre Eltern begonnen haben.“ So will es der Verfasser dieses anscheinend von Sorge um die Verheerung des Familienlebens erfüllten Buches. Nach diesen wenigen Auschnitten kann man sich ausmalen, welches Geschlecht heranwachsen wird, wenn die heutigen Kinder in einem solchen Geiste erzogen werden. Kann man sich wundern, wenn man die heutige Jugend betrachtet und bei einem großen Teile derselben Moral und Sitte geschnitten sieht? Die Wirkungen der sozialistisch-marxistischen Lehre sind eben bei unserer Jugend nicht ohne Einfluß geblieben.

Ein sehr starkes Stück aber ist es, wenn die Afa-Bundeszeitung in dem zitierten Aufsatz darauf hinweist, daß der Verfasser des Buches mit Glück die abgebrauchten Schlagworte über Religion und Nationalismus vermieden habe.

Wenn Bücher mit solchen „Seilslehren“ auch den Mitgliedern des doch religiös neutral sein wollenden D. W. B. durch die Bundeszeitung angeboten werden, dann wahrlich ist es an der Zeit, daß die noch christlich denkenden und fühlenden Angestellten einen entschiedenen Einspruch erheben gegen eine derartige Verhöhnung ihrer heiligsten Güter.

Nur dann, wenn wir bemüht sind, echten tiefen Familieninn zu pflegen und zu erneuern, wenn wir uns bestreben, die fundamentalen Grundsätze des Christentums in die Herzen unserer Kinder zu legen, wenn wir die Jugend in echter Vaterlandsliebe und zu freudigem Nationalbewußtsein erziehen, dann wird es gelingen, ein starkes Geschlecht zu schaffen, das von hoher sittlicher Kraft getragen, in der Lage ist, ein neues, hoffnungsvolles Dasein zu schaffen.

Nicht Trennung der Kirche von der Schule, wie die Afa-Zeitung sie fordert, kann uns emporführen. Fest halten wir an den Grundsätzen des Christentums, die unsern Kindern außer der Familie, auch in der Schule gelehrt werden sollen.

ben. Auch die Frauenarbeit würde in manchen Industriezweigen weniger groß sein, wenn der Lohn des Mannes höher wäre.

Alles in allem wird man in der Frage des Familienstandeslohnes bei den heutigen Verhältnissen nicht schematisch und allgemein Stellung nehmen können. Je nach der Lage des Gewerbes und Berufes wird man nach wie vor einen Familienstandeslohn, bei dem die Kinderzulagen sich in vertretbaren Grenzen halten und das Prinzip der Leistungen gegenüber dem des Bedarfs nicht zu stark zurücktritt, das Wort reden müssen.

### Die Lohnstreitigkeiten in der Textilindustrie

sind mit Ausnahme von Westdeutschland vorläufig beendet. Wie sich die Lage in den weßlichen Industriezweigen gestalten wird, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen. Jedenfalls ist die Gefahr des Ausbruches ernstlicher Konflikte noch nicht vorbei.

In der Tarifstreitfrage für den rechtsrheinischen Industriebezirk wurde am Freitag, den 24. Juli, ein Schiedspruch gefällt, der für jugendliche Arbeiter und für die Arbeiterinnen eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. für die übrigen Arbeiter eine Erhöhung von 4 Prozent vorsieht.

Für die gesamte linksrheinische Textilindustrie fanden am Donnerstag, den 23. Juli, im Reichsarbeitsministerium nochmals Verhandlungen statt. Die Arbeitgeber lehnten strikte jedwede Lohnerhöhung ab, so daß die Verhandlungen vollkommen ohne jedes Ergebnis abgebrochen werden mußten.

Für den oberbergischen Textilindustriebezirk wurde am 17. Juli vom Schlichtungsausschuß Hagen ein Schiedspruch gefällt, der eine durchschnittliche Lohnerhöhung von zwei Pfennig für die Stunde vorsieht. Die Gewerkschaften haben den Schiedspruch angenommen, der Arbeitgeberverband hat ihn abgelehnt.

Für die badische Textilindustrie wurde der Schiedspruch vom 26. Juni 1925 für verbindlich erklärt. Für die Akkordarbeiter kommt die Erhöhung auf alle Branchenlöhne, die im Durchschnitt um 14 Prozent erhöht werden.

In der württembergischen Textilindustrie ist es nach langen und äußerst schwierigen Verhandlungen zu einem neuen Lohnabkommen mit den Arbeitgebern gekommen. Die Normalzeitlöhne wurden in der ersten Ortsklasse für männliche Arbeiter über 25 Jahren auf 60 Pfg. und für Arbeiterinnen auf 45 Pfg. für die Stunde festgesetzt.

In Breslau fanden am 22. Juli für die gesamte sächsische Textilindustrie Verhandlungen statt. Unter Abänderung der für die einzelnen Bezirkegruppen gefällten Schiedsprüche wurde eine Vereinbarung getroffen, die eine etwa zwei Pfg. für die Stunde betra-

gende Lohnerhöhung vorsieht. Die Arbeit ist in den befreiten und ausgesperrten Betrieben sofort wieder aufzunehmen. Maßregelungen dürfen nicht erfolgen.

Die Stunden- und Akkordlohnätze sämtlicher Arbeiter der sächsisch-thüringischen Färbereien wurden durch Schiedsprüche ab 4. Juli um 10 Prozent erhöht. Dieser Schiedspruch wurde von den Gewerkschaften angenommen.

Für die Weber in sächsisch-thüringischen Gebiet fanden am 22. Juli in Greiz Verhandlungen statt. Die Arbeitgeber boten eine Lohnerhöhung von 6 Prozent an. Die Arbeiter lehnten den Vorschlag als unzureichend ab. Die Verhandlungen wurden abgebrochen. Der Schlichtungsausschuß Gera wird nun voraussichtlich entscheiden.

Zusammen mit dieser Bewegung läuft eine Lohnbewegung der Stuhlmeister in Sachsen-Thüringen. Für diese liegt ein Schiedspruch von 6 Prozent vor. Diesen Schiedspruch nahmen die Arbeitgeber an, die Arbeitnehmer lehnten ihn ab. In mehreren Tariforten haben die Stuhlmeister die Kündigung eingereicht und in Glauchau die Arbeit bereits niedergelegt. Es ist damit zu rechnen, daß diese Bewegung weiter um sich greift und auch viele Arbeiter in Mitleidenschaft zieht.

Am 20. Juli fanden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen für die Niederlausitzer Tuchindustrie statt. Es wurde eine Verständigung erzielt. Der Weberzeitlohn wurde um 2-4 Pfg. für die Stunde erhöht für männliche und um 2-3,5 Pfg. für weibliche Arbeiter.

Vor dem Schlichtungsausschuß in Düren wurde über die Frage der Arbeitszeit erneut verhandelt. In einer freien Verhandlung konnte über diese Frage keine Verständigung erzielt werden. Der Schlichtungsausschuß verlängerte die gegenwärtige Arbeitszeit bis Ende Oktober dieses Jahres.

Für die Textilindustrie der Rheinpfalz haben bereits in Neustadt Verhandlungen stattgefunden. Ein Ergebnis ist noch nicht mitgeteilt worden.

Der Streik in der ostfälischen Textilindustrie ist beendet. Um die angebotene Aussperrung möglichst zu verhüten, lud der Kreishauptmann von Bauen die Arbeitgeberverbände und Textilarbeiterverbände für Samstag, den 18. Juli, zu Verhandlungen ein. Nach dreizehnstündiger Verhandlung kam folgende

#### Bereinarung

Zustande: Die Lohnsätze der zwischen den Parteien bisher bestehenden Tarifverträge werden wie folgt geändert:

1. Die Grundlöhne, wie sie nach dem Schiedspruch vom 22. 10. 1924 bestanden haben, werden um 23 Prozent erhöht.
2. Die Teuerungszulagen bleiben in der Höhe bestehen, wie sie durch den Schiedspruch vom 22. 10. 24 festgelegt waren.
3. Für die berufsfremden Handwerker über 20 Jahre wird der Stundenlohn einschließlich der Teuerungszulage auf 65 Pfg. festgesetzt. Die Handwerker unter 20 Jahren, sowie die angeleiteten sogenannten Werkstättenarbeiter werden die Löhne in denselben prozentualen Verhältnissen wie für die Handwerker über 20 Jahre erhöht.
4. Die Löhne für die Kraftwagenführer einschließlich der Teuerungszulage für dieselben werden um 14 Prozent erhöht.
5. Für die Fuhrer im Scheuertuch- und Deckentarif, sowie für den Tarifvertrag für die Handdruckereien, sowie für den Tarifvertrag für Wagenknecht und Bögler erfolgt zwischen den Tarifparteien besondere Regelung.
6. Der Tarifvertrag läuft mit Wirkung ab 15. 6. 1925. Er ist mit einer einmonatlichen Frist zum Schluß des Kalendermonats kündbar, frühestens zum 31. 12. 1925. B a u e n, den 18. Juli 1925.

Damit hat die Bewegung für Ostfachsen ihren Abschluß gefunden. Wie im ganzen Reich, hatten auch dort die Arbeitgeber jede Lohnerhöhung zunächst abgelehnt. Auf Anweisung der Gewerkschaften legten daraufhin nach und nach insgesamt 3000 Textilarbeiter die Arbeit nieder.

In strenger Disziplin wurde der Kampf durchgeführt, bis der vorstehend angeführte Erfolg errungen war. In der Gesamtwirkung ist das Abkommen für die Arbeiter günstiger, wie der von den Arbeitgebern abgelehnte Schiedspruch. — Ein eingehender Bericht folgt in der nächsten Nummer.

Ein Schiedspruch für die weßsächsische Textilindustrie vom 20. Juli bringt eine Lohnerhöhung von 10 Prozent. Der Vertrag soll laufen bis Ende März 1926. In einigen Betrieben sind die Arbeiter in den Streik getreten.

Zwischen der Woll-Wäscherei und -Kämmerei Hannover-Döhren und den beiden Textilarbeiterverbänden ist es zu einer neuen Lohn- und Arbeitszeitvereinbarung gekommen. Der Zeitlohn für Männer über 22 Jahre beträgt 53 Pfg. Der Akkordzuschlag 15-20 Prozent. Die bisherigen Zuschläge für die Zeitlöhner bleiben bestehen. Die Lohnvereinbarung gilt nur bis zum 31. 10. 1925. Ueber die 48-stündige Arbeitswoche hinaus kann die Firma wöchentlich bis zu 6 Stunden mehr arbeiten lassen, mit einem Zuschlag von 10 Prozent. Weitere Ueberstunden nur mit Zustimmung des Betriebsrates mit 25 Prozent Zuschlag.

#### Keine neue Inflation.

Zu den Verheerungen, die durch die letzte Inflation verursacht worden sind, gehört bekanntlich auch die immer noch in weite Kreise unseres Volkes verbreitete Sorge und Furcht vor einer neuen Inflation. Leider, daß diese Sorge von gemisser Seite sicherlich nicht zum Nutzen der deutschen Wirtschaft genährt wird. Dürfen wir erwarten, daß nun endlich die Arbeitgeberverbände es aufgegeben haben, noch weiter das Schreckgespenst an die Wand zu malen? Aber auch für die übrigen Kreise des deutschen Volkes kann nicht genügend den schädlichen Wirkungen solcher falscher Gerüchte entgegengewirkt werden.

Um so mehr muß es deshalb begrüßt werden, daß von hervorragenden Männern des öffentlichen Lebens in klarer und eindeutiger Weise zu dieser wichtigen Frage Stellung genommen wird. So hat der Reichskanzler Dr. Luther vor einigen Wochen auf der Tagung des Industrie- und Handeltages sich in folgender sehr energischer Weise geäußert:

„Gerade in den letzten Tagen sind wiederum Gerüchte verbreitet worden, die das Gespenst einer neuen Inflation an die Wand malen. Derartige Machenschaften, sei es zu welchem Zwecke auch immer, sind verbrecherisch und für die ganze Nation von ungeheuren Schaden. Die deutsche Währung, unsere Reichsmark ist dank den Maßnahmen der Reichsbank, vollkommen gesichert. Die Reichsbank hat es in der Hand, den Wert der Mark stabil zu halten und wird es tun. Wenn diese Ueberzeugung von der absoluten Möglichkeit der Aufrechterhaltung der Stabilität der Mark, Gemeingut geworden ist, und damit alle Verleumdungen, die an die Mark zu erschüttern, von vornherein zum Scheitern verurteilt sind, dann wird es auch der Reichsbank möglich sein, in stärkerem Umfange berechtigten Wünschen der Wirtschaft zu entsprechen.“

Weiter hat der bekannte führende Industrielle, Geheimrat Dr. Hagen, auf der letzten Tagung des Rheinischen Provinziallandtages zu der Frage sich geäußert und ausgeführt:

„Ich persönlich habe die Meinung, daß der, der die Festigkeit der deutschen Währung heute noch bezweifelt, eine Sünde am Vaterland begeht. Die Reichsbank hat es verstanden, ihre Einrichtungen so zu treffen, daß die Wirkung derselben so stark ist, daß man über absehbare Zeit nicht mit dem Umstand zu rechnen notwendig hat, daß eine Erschütterung unserer Währung wieder möglich werde.“

Endlich hat der Reichsbankpräsident Dr. Schacht auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

### Ohne Pause.

Von Maria Sohn-Barmen.

Es war vor mehr als 15 Jahren.

Man möchte noch nichts von Krieg, Inflation, Teuerung und andern „schönen Dingen“, aber die Konjunktur war gerade gut und die Textilfirma S. u. O. hatte viele Aufträge.

Im Hahnenkamm war emsiges Treiben.

Man arbeitete im Akkord, und jeder suchte Zeit und Gelegenheit auszunutzen.

Aber als das Schellenzeichen den Beginn der Kaffeepause kündete, ging doch ein frohes Aufatmen durch die Mädchenrunde.

Vorsätzlich wurden die Nägel beiseite geschoben, Etiketten und Spulen verschwanden im Schoß, und die kleinen Abziehmaschinen brachten die dampfenden Kannen und die gefüllten Tassen.

Hier und da erteten die Kleinen eine Rüge, das war wenn an der Tasse noch eine vergessene Kaffeeträne war.

Oretchen, die Jüngste, die am Ende des Tisches ihrem Hahnenkamm, der Rosa, anmarktete, wurde von dieser in eine lebhaft Unterhaltung gezogen.

„Was sie nun haben mag? Sicher hat sie nicht rein gespült, oder den verkehrten Kaffee genommen.“ mutmaßten die Ältesten.

„Nicht mehr, Oretchen, morgen machst du mal für einmal keine Pause, ich brauche die Soutache so nötig. Es ist noch so wenig abgezogen, da kann ich nicht weiter. Der Meister meinst du? Ach, der gibt ja nichts auf eure Pause, der sagt schon nichts. Tu es Oretchen, du bist auch lieb.“

Jogernd sagte die Kleine zu, aber eine große Enttäuschung malte sich in dem Kindergesicht.

Ach, die Pause war doch zu nett, Spaß wollten sie machen da draußen und sollen und springen. Die Hände und Arme wurden von der Arbeit so müde.

„Hättet ihr den Willen nicht tun sollen“, grüllten Oretchen's Freundinnen. „Was brauchst sie denn immer so zu „hahnenkamm“.“

„Denn nunst du denn dem Kinde die Pause, es brauchst sie doch so nötig. Und warum machst du selbst jetzt keine?“ sagte Rosa's Nachbarin.

Die Jakob Kanne und Tasse krumm weg und machte sich über ihre Arbeit her.

Durch einen Spalt des Fenstervorhangs kam eine Sonnenbahn und traf den Hahnenkamm. Der nippte kokett seine blanken Eisenflügel im blühenden Strahl.

Glutrote Soutache nahmen sie auf in blitzschnellen Drehungen. Ein ganzes Duzend fertiger Stücken trugen sie, jedes schön und rotleuchtend.

Ein goldbesetztes Etikettchen war es, und die flinke Mädchenhand knietete oben und unten einen weißen Seidenfaden darum.

Und wieder warf der Hahnenkamm sein leise knarrendes Geräusch in die Pausenstille.

Alle genossen die kurze Ruhepause, meist laßen sie, oder sie unterließen sich halbblau, und die bleiche Martha hielt ein kleines Nickerchen, sie mußte es wohl, daß sie mit ihrer schwachen Kraft hauswirtschaftlich umgehen mußte.

Rosa allein arbeitete unentwegt weiter.

Ihre Nachbarin zerknüllte das Butterbrotpapier und warf scherzend damit nach der Kaffeetasse.

„Du sollstest essen und Pause machen“, sagte sie dabei.

Rosa warf ärgerlich das Papier fort, dann griff sie prüfend in das leuchtende Kontaktgerätnel neben sich.

Das gab, von der Sonne beschiene, dem bleichen Mädchen gesicht einen warmen Schein.

Sie nickte befriedigt. Da stand noch manches Duzend drin, und elf Pfennige gab's für's Duzend.

Und Soutache gab es nicht alle Tage, an Jacomett und Leinwand verbiente man nichts.

Sie mußte doch das weiße Sommerkleid für Sonntag über acht Tage haben. Das weiße, duftige Kleid, und sie hatte eine entzückende Nachart dafür gesehen.

Aber Stoff und Nählohn kosteten allerlei, und das Kostgeld war auch jede Woche nötig.

Da mußte sie schon sparen, und dafür opferte sie auch schon mal die Kaffeepause.

Sie mußte heimlich die Stängel ihrer Gefährtinnen und flehte mit Befriedigung fest, daß der ihre etwas höher war.

Ach, Sonntag über acht Tage war ja das Turnierfest, wenn nur das Kleid bis dahin fertig wurde.

Da riß die Strenge der Nachbarin sie wieder aus ihrer Vertäufeltheit.

„Törichtes Mädchen“, sagte die. „Du schadest dir nur selbst. Darum tritt doch auch die christliche Gewerkschaft so für Gewerkschaft und Jannetation der Frauen ein.“

Aber Rosa riß der Nachbarin des Soutacheende, das die sie festhielt, ungeschuldig aus der Hand.

„Ach geh, verschon mich heute damit“, rief sie aufgeregt. Da klang wieder die Glocke, ein Weichen noch und alles schaffte weiter.

Aber merkwürdig, je mehr der Arbeitstag zur Neige ging, um so mehr verlangsamte Rosas Bewegungen. Sie fühlte, wie ihre Schaffenskraft abnahm; die Hände bebten ihr leicht und der Rücken schmerzte.

Wie das stach und bohrte zwischen den Schulterblättern. Und langsam wuchsen die Stängel der Gefährtinnen über den ihren weg.

Selbst die schwächliche Martha schien noch nicht müde zu sein. Unergründlich spornete sie ihre letzten Kräfte an, aber als die Feiertaglocke endlich rief, war es ihr wie eine Erlösung.

Einflüßig als sie in ihrem Kosthaufe ihr Abendbrod.

Der Vesper magte in ihr. Nein hatte sie doch nicht mehr erreicht wie die Andern, trotz der geopferten Pause.

Wie tolmüde sie war, und die Schmerzen im Rücken ließen nicht nach.

Ein jäher Hustenanfall schüttelte sie, und als sie das Tuch vom Munde wegnahm, lagen große rote Tropfen darauf.

Entsetzt sprang sie auf. Eine endlose Angst stand ihr im Gesicht zu lesen.

„Frau Sommer!“ schrie sie auf und stürzte auf ihre Kosthaube zu.

„Gehen Sie, Blut, Blut!“

Die beruhigte das aufgeregte Mädchen so gut es ging. „Gehen Sie sich, Rosa, morgen gehen Sie zum Arzt.“

„Nein, nein, Sie brauchen nicht davon zu fürchten, es sind ja nur ein paar Tropfen.“

Rosa verbrachte eine qualvolle Nacht. So, genau so, hatte es mit Mutter und Bruder begonnen. Aber sie wollte nicht, nein! Leben mußte sie um jeden Preis.

Sie war doch noch jung. Morgen würde es besser sein. Morgen, wenn die Sonne schien und das bunte Leben viel.

Und der Morgen kam, aber er brachte keine Besserung. Die kleine Grete in der Fabrik brachte ihre Pause nicht aufzugeben, denn Rosa fehlte.

Tölmüde, mit bleiernen Gliedern rüstete sie sich zum Gang nach dem Arzt.

„Rufen Sie sich ins Krankenhaus überweisen“, sagte die Frau Sommer, als sie ging.

„Ich kann Sie ja nicht hierhalten, so gerne ich möchte, der anderen Mädchen wegen.“

Und als der übernächste Sonntag kam, war Rosa im Krankenhaus.

stie in einer bedeutsamen Rede über „Währungs- und Produktionspolitik“ dargelegt:

„Die deutsche Währung ist stabil und wird stabil bleiben.“

Diese beachtlichen Neußerungen prominenter Persönlichkeiten verdienen sicherlich die weiteste Verbreitung. Auch bei den kleinen Leuten soll durch diese Verbreitung die Sorge und die Furcht genommen werden. Insbesondere muß auch in den Kreisen der kleinen Sparer das Vertrauen zur Währung geweckt und dadurch die Anlage der Spargelder gefördert werden. Ist doch hier das durch die letzte Inflation hervorgerufene Mißtrauen gegen die Geldentwertung noch außerordentlich groß. Aber auch aus anderen sehr wichtigen Gründen, vor allem auch aus volkswirtschaftlichen Gründen muß die Stärkung von Kapital durch gesteigerte Sparsamkeit stärkstens gefördert werden. Aus diesen Gründen hat auch die Deutsche Volksbank den Sparverkehr aufgenommen. Sie will die organisierte Sparsamkeit zur Geltung bringen. Zudem hat sie den Goldmarksparverkehr, die Wertbeständigkeit der Spargeldkonten eingeführt. Die Wertbeständigkeit wird garantiert auf der Grundlage des amerikanischen Dollars, dadurch werden Sparguthaben und sonstige Einlagen vor jeder Markentwertung gesichert.

Dem Sparverkehr bei der Deutschen Volksbank gebührt also größte Beachtung. Dabei ist die Deutsche Volksbank die Bank der christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten und Beamten und hat als solche große soziale Aufgaben übernommen. Mögen daher die Bestrebungen der Deutschen Volksbank weiteste Verbreitung finden.

Zusolge eines Beschlusses unserer Verbandsinstanzen müssen

1. auf allen Sekretariaten unseres Verbandes Annahmestellen für den Sparverkehr mit der Deutschen Volksbank A. G. eingerichtet werden,
2. sollen nach Möglichkeit auch in allen mittleren und größeren Ortsgruppen, wo vertrauenswürdige Leiter zu gewinnen sind, gleichfalls Annahmestellen eingerichtet werden,
3. ist der Sparverkehr aller von unserm Verbande oder auf seine Veranlassung hin errichteten Annahmestellen nur über die Filiale Düsseldorf der Deutschen Volksbank A. G. zu leiten.

Den Leitern der Annahmestellen ist strengstes Stillschweigen über die Guthaben der Sparer zur Pflicht gemacht. Die Spargelder müssen vollständig getrennt von den Verbandsgeldern verwaltet und aufbewahrt werden. Alle Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen, die den Sparverkehr betreffen, sind nur an folgende Anschrift zu richten: Deutsche Volksbank A. G., Düsseldorf, Kasernenstraße 17-19.

### Zwiel Zwischenhändler.

Die Vertreter des Kleinhandels jammern über ihre bevorstehende „Vernichtung“ durch die Konsumgenossenschaften. Das steht zwar im Widerspruch mit der so oft gehörten Behauptung, daß die Konsumvereine „nichts leisten“, aber die Abwehrmittel und Methoden in der Bekämpfung der Konsumvereine sind überhaupt nur eine Kette von Widersprüchen. Wenn die Konsumgenossenschaften nichts leisten, sind sie doch auch keine „vernichtende Konkurrenz“, und die Frage ist auch berechtigt, warum man die Konsumvereine denn so gehässig bekämpft — wenn sie doch „nichts leisten“?!

Zweckmäßiger wäre es wohl, wenn die Vertreter des Kleinhandels sich einmal auf einem anderen Gebiet nach den Ursachen ihrer angeblichen Existenzvernichtung umsehen. Der Direktor des statistischen Landesamtes in Lübeck, Dr. H a r t w i g, gibt dazu in den „Mitteilungen der Lübecker Handelskammer“ einen interessanten Beitrag, wenn er u. a. schreibt: „Die Bevölkerung wuchs in den letzten 11 Jahren sehr wenig, und ihre Kaufkraft sank bekanntlich so erheblich, daß unsere Einwohnerzahl trotz geringerer Kopfzahl zweifellos im Jahre 1914 kauf-

fähiger war, als sie es heute ist. Die Zahl der handelstreibenden Personen und Geschäfte aber nahm erheblich zu, und so muß sich heute eine größere Zahl von Geschäften in einem kleiner gewordenen Umsatz teilen. Der Kaufmannsstand spürt in schwerer Zeit eine verstärkte Konkurrenz. 1914 kamen beispielsweise im Lübecker Bezirk auf eine eingetragene Firma 108 Einwohner. Anfang 1925 waren es nur noch 69, d. h. ein gutes Drittel weniger. Dem Publikum hat dieser Konkurrenzkampf keine Vorteile gebracht. Die Preise sind nicht gefallen, sondern gestiegen, und die übermäßige Vermehrung der am Warenhandel beteiligten Personen, die alle ihr Auskommen haben, hat dazu sicher sein Teil beigetragen. Wir haben also durchaus eine ungesunde Entwicklung unserer Wirtschaft vor uns, und eine Besserung kann nur dadurch kommen, daß die Wirtschaft ihre überflüssigen und schädlich wirkenden Elemente wieder ausstößt.“ Das Beispiel Lübeck steht nicht vereinzelt da.

In Baden wurden im Jahre 1919 bis 1921 nicht weniger als 28 087 Gesuche für Handelsverläubnisse gestellt. Das sind nicht weniger als 3 Prozent der über 20 Jahre alten Bevölkerung Badens. 86 Prozent der Gesuche wurden genehmigt, ein Beweis dafür, daß die Behörde sich um die Prüfung der Bedürfnisfrage absolut nicht kümmert.

In der Stadt Köln waren im Jahre 1913 nur 5295 Vertreter des Handelsgewerbes angemeldet. Dagegen wuchsen sich im Jahre 1922 in Köln 17 247 Personen dem Handel. Die Zahl der Markt- und Straßenverkäufer stieg von 3834 im Jahre 1913 auf 13 395 im Jahre 1922. Ob die Bevölkerungszunahme in der gleichen Zeit eine so starke Steigerung der Handelsvertreter notwendig machte? —

Nicht weniger interessant waren die „vernichtenden Tatsachen“ in der Entwicklung des Handels auch in der Vorkriegszeit. Während im Jahre 1882 in Deutschland 153 819 Geschäfte der Nahrungs- und Genussmittelversorgung vorhanden waren, stieg die Zahl bis zum Jahre 1895 auf 205 863 und im Jahre 1907 betrug die Zahl der Händler 337 598. Das bedeutet in dem genannten Zeitraum eine Zunahme von 119 Proz., dem nur eine Bevölkerungszunahme in der gleichen Zeit von 37 Proz. gegenübersteht. Und wie war es während der Kriegs- und Nachkriegszeit? Es wären sicherlich unbequeme Zahlen für den Handel, wenn sie zuverlässig bekannt würden. Gewiß mußte sich mancher dieser Vertreter des Handels inzwischen wieder zu einer ehrlichen Arbeit zurückfinden; jedoch steht auch heute unbestritten fest, daß die Zahl der Zwischenhändler in keinem gesunden Verhältnis zur Bevölkerungsziffer steht. Diese Beobachtung kann man an jedem Ort machen. Die vorhandenen Zahlen reden eine sehr ernste Sprache, wenn man berücksichtigt, daß die Produktion in der Nachkriegszeit gemaltig zurückgeblieben ist. Darin liegt nicht nur der Schlüssel für vieles, was uns in der allgemeinen Wirtschaft noch unverständlich ist, sondern nicht auch zuletzt die Ursache für das ungeheure Reklamewesen, bei dem sich die Kaufleute und verschiedenartigsten Unternehmer gegenseitig überbieten, wenn es gilt, dem lieben Nachbar das Wasser abzugraben.

Wäre es nicht auch für den „Mittelstand“ weit vernünftiger, die „Ausscheidung der überflüssigen und schädlich wirkenden Elemente“, so schnell als möglich zu betreiben und dann in eine ehrliche Konkurrenz mit den Konsumgenossenschaften zu treten? Durch eine von kleinlicher Gehässigkeit getragene Polemik gegen die sich nun einmal immer stärker ausdehnenden Konsumgenossenschaften wird nichts erreicht. Mitteilungen solcher Art, wie sie nunmehr auch das Lübecker statistische Amt herausgibt, sind doch in Wirklichkeit die beste Begründung für die Notwendigkeit der Konsumgenossenschaften. Gerade diese erstreben ja „die Ausscheidung der überflüssigen und schädlichen Elemente“ in der Warenverteilung zum Besten der Verbraucher.

### Allgemeine Rundschau.

#### Volkseinkommen.

Zu den neuerlichen, von verschiedener Seite unternommenen Versuchen, das heutige Volkseinkommen zu jenem der Vorkriegszeit festzustellen, gesellt sich neuerdings ein solcher der Regierung. Es gibt in Deutschland etwa 28 Millionen Einkommensbezieher. Von diesen fielen etwa 18 Millionen unter die Lohnsteuer. Da diese Lohnsteuer bei einem monatlichen Aufkommen von 125 Millionen R. M. etwa 1500 Mill. R. M. jährlich einbrachte, und der durchschnittliche Steuerjag — unter Berücksichtigung der Ermäßigung für Familienmitglieder — etwa 8,7 Prozent betrug, so läßt sich eine jährliche steuerpflichtige Lohnsumme von 17 Milliarden R. M. errechnen. Bei jedem der 18 Mill. Lohnsteuerpflichtigen blieb ein Betrag von 720 Mk. jährlich von der Steuer frei; der jährliche Gesamtlohn würde sich also um 720 mal 18 Mill. R. M. gleich 13 Milliarden R. M. auf rund 30 Milliarden erhöhen. Soweit das Material, 3 Mill. weiterer Einkommensbezieher blieben von der Lohnsteuer frei, weil ihr jährlicher Lohn 720 Mk. nicht erreichte. Rechnet man für diese 3 Mill. ein durchschnittliches Einkommen von 500 Mk., so würde sich als endgültige Lohnsumme etwa 31,5 Milliarden R. M. ergeben. Das Einkommen der restlichen 7 Mill. Einkommensbezieher wird von der veranlagten Einkommensteuer getroffen. Es handelt sich bei diesen 7 Mill. natürlich nicht nur um die sog. reichen Leute, sondern der Kopfzahl und höchstwahrscheinlich auch der Höhe des Einkommens nach spielen die vielen kleinen und mittleren Einzelunternehmer im Gewerbe und Landwirtschaft die erste Rolle. Nimmt man also an, daß jeder dieser 7 Mill. im Durchschnitt soniel verdient, wie der durchschnittliche Arbeitslohn beträgt, nämlich etwa 1700 Mk. jährlich, so würden die veranlagten Einkommensbezieher zusammen ein Einkommen von 12 Milliarden R. M. beziehen, eine Ziffer, die sicherlich nicht zu hoch ist. Es muß endlich noch dasjenige Einkommen berücksichtigt werden, das die Körperschaften nicht an ihre Aktionäre ausschütten, sondern zu Rücklagen verwenden; wir schätzen diese Summe auf 0,5 bis 1 Milliarde R. M. Man erhält also auf diese Weise ein jährliches Gesamteinkommen von etwa 44 Milliarden R. M. oder (auf den Preisstand der Vorkriegszeit reduziert) 33 Milliarden R. M. Die Helferrische Schätzung des jährlichen Vorkriegseinkommens betrug bekanntlich 42 Milliarden R. M. Im allgemeinen decken sich diese Zahlen mit den Ergebnissen, zu denen auch

andere Untersuchungen gelangt sind. Das Volkseinkommen dürfte heute um mindestens ein Viertel geringer sein, als vor dem Kriege.

### Dritter internationaler Kongreß der christlichen Gewerkschaften.

Vom 17. bis 19. September 1925 findet in Luzern (Schweiz) der dritte Kongreß des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften statt. Ihm geht am 16. September 1925 eine Konferenz der Christlichen Fachinternationalen und eine Internationale Konferenz der christlichen Arbeiterinnen voraus.

Nach der vorläufigen Tagesordnung, die das Sekretariat des Internationalen Bundes in Utrecht veröffentlicht, wird der Sekretär über die Lage der christlichen Gewerkschaftsbewegung in den einzelnen Ländern und über die Durchführung des Achtstundentages berichten. Ueber das „Mitbestimmungsrecht im Wirtschaftsleben“ spricht Spalowsky (Österreich). Die Stellungnahme der christlichen Internationalen gegenüber der Internationalen Arbeitsorganisation wird behandelt von Baumwels (Belgien), während Carels (Belgien), Otte (Deutschland) und Tessier (Frankreich) über Wanderungsfragen sprechen.

### Aus der Textilindustrie.

#### Das Ergebnis des Internationalen Baumwollkongresses in Wien.

Der Internationale Baumwollkongreß in Wien war ein großer Erfolg. Er bezweckte nicht allein die vollständige Zusammenkunft der Industriellen seit dem Kriegsende, sondern er vereinigte auch die Baumwollinteressenten aller Grade in größerem Maße als jemals. Die Erzeuger von Baumwolle und die Bearbeiter der Baumwolle nahmen durch ihre hervorragendsten Vertreter an den Wiener Beratungen teil und hatten volle Gelegenheit, ihrer Meinung Ausdruck zu geben. Der Kongreß war nicht bloß von diesem Gesichtspunkte aus von allgemeinem Wert, sondern auch deshalb, weil er den verschiedensten internationalen Interessengruppen die Möglichkeit eröffnete, mit einander in persönliche Berührung zu treten und über gemeinsame Probleme und Interessen von den verschiedensten Gesichtspunkten ihrer Branche als Rohstoffherzeuger, Baumwollhändler oder Baumwollbrokers und Spinnereien Beratungen zu pflegen.

In den dreitägigen Beratungen wurde zunächst festgestellt, daß eine Vergrößerung der dem Anbau gewidmeten Bodenfläche, wo immer diese möglich ist, dringend erforderlich erscheint. Der Kongreß stellte fest, daß der Weltkonsum an Baumwolle waren niedrigere Preise benötigt als sie derzeit bestehen und daß die Industrie so lange außerstande sein wird, der Nachfrage des Konsums zu entsprechen, als sie nicht in die Lage gesetzt wird, das Rohmaterial bei niedrigeren Preisen zu beschaffen. Demzufolge empfahl der Kongreß den Regierungen aller Staaten, in welchen Baumwolle mit Erfolg angebaut werden kann, das Erntertragnis durch Erweiterung der Anbaufläche und durch Schaffung von entsprechenden Transporterleichterungen zu steigern. Der Kongreß erkannte an, daß die Stau- und Bewässerungsanlagen, welche im Sudan und in Indien durchgeführt wurden, geeignete Maßnahmen zur Erzielung einer größeren Ernte sowohl von Baumwolle als auch von anderen Bodenprodukten darstellen und gab seiner Erwartung Ausdruck, daß alle Regierungen ähnliche Unternehmungen durchführen werden, wenn es sich erweist, daß eine solche Steigerung der Baumwollernte durch eine bessere Bewässerung des Areals zu erzielen ist.

Die Frage, ob die internationale Föderation der Baumwollspinnerei- und Webereibereinigungen, die Vereinbarung betreffend die allgemeinen Baumwollstandards unterfertigen soll, wird dem nächsten Internationalen Kongreß zur Beschlussfassung unterbreitet werden. Der Kongreß gab im weiteren seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Aufsichtung in Baumwollspinnereien in allen Fällen ratsam und in einigen fast unerlässlich ist, um die Erzeugungsprozesse zweckmäßig durchführen zu können. Außerdem forderte der Kongreß alle angeschlossenen Vereinigungen auf, die von dem Komitee empfohlene Klausel in die Kontrakte aufzunehmen, wonach Streitigkeiten aus diesen Kontrakten nach den von der Internationalen Vereinigung beschlossenen Schiedsgerichtsnormen auszutragen sind. Sodann empfahl der Kongreß auch bei Nichtmitgliedern der Vereinigung die Schiedsgerichtsklausel anzuwenden und beauftragte das Büro, die erforderlichen Schritte zur Propagierung dieser Bestimmung einzuleiten. Auch in anderen technischen Fragen konnten zwischen den einzelnen Mitgliedern wichtige Anregungen ausgetauscht werden; wie überhaupt der ganze Kongreß dazu diente, die Erfahrungen einzelner allgemein zu verbreiten, vor allem aber den Kontakt zwischen den einzelnen Baumwollspinnereien und Webereien der verschiedenen Länder intensiver zu gestalten.

### Aus unserer Arbeiterinnenbewegung.

#### Urlaubsunterbringung der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Wie atmete die deutsche Arbeiterschaft auf, als auch für sie einmal die Ferien tariflich geregelt wurden. Wie froh war sie, daß es auch für sie Lage der Ausspannung gab, Tage, wo sie vom harten „Du mußt“ los und über die Stunden des Tages frei verfügen konnte. — Wo man in Gottes freier Natur die Lungen vom Fabrikstaub reinigt, und wo die Herzen vom Maschinengetöse einmal zur Ruhe kamen. Wenn auch nur färgliche sechs Tage, so klang doch hindurch: „Welch schöne Zeit!“

Nun sind Jahre vergangen, und wenn man fragt, wie wurden und wie werden die Ferien von unseren Arbeitern und Arbeiterinnen verlebt, sind sie wirklich da — geworden, was man sich gedacht, Erholung, Freude, Ausspannung von der Arbeit? Das läßt sich nicht mit einem Ja beantworten, weil bei den allermeisten einfach die Voraussetzungen fehlte, die Ferien so zu gestalten, wie sie sein sollten. Denn einmal fehlte die passende Unterbringung, und zum andern das dazu gehörende Geld. Die schon gedachten Ferientage wurden dadurch bei den meisten doch Arbeitstage. Wie mancher Vater verbandte die Zeit, um mit seiner Frau die Wohnung in Ordnung zu bringen, den Hausputz zu halten oder, wenn er einen Garten besaß, denselben zu bearbeiten. — Was harvte seiner nicht alles! — Unseren Arbeiterinnen aber erst recht. Neben diesen Glöphen bis zum frühen Abend wartete auf sie, um vielleicht der auch müden Mutter die Arbeit für eine Woche abzunehmen und nicht, wie es sein sollte, gestärkt und erfrischt zur Arbeit zu gehen; eher noch müder als zuvor, durch die ungewohnte Mehrarbeit zu Hause. — Keine Ferien — Arbeitszeit! Von der armen verheirateten Frau garnicht zu reden, die wirklich gezwungen ist, mitzuarbeiten, um den geringen Lohn des Mannes aufzubessern, damit die vielleicht kinderreiche oder durch Krankheit in Not geratene Familie ernährt und hochgehalten wird. Welche Waffe von Arbeit harvt ihrer. All das Besäumte soll nachgeholt werden, was durch lange Arbeitszeit oder weil die Kraft nicht reicht, einfach liegen bleiben mußte. Für die Kinder gibt es allerlei zu nähen und zu flicken, und anstatt daß die Mutter ihren Kindern in diesen Tagen einmal wie es sich eine Mutter sein könnte, wird nichts aus alledem. — Arme Mutter, arme Kinder!

Ganz aussichtslos hatte man ihre gesundheitliche Verfassung nicht gefunden und ein Heilverfahren würde ihr wohl noch heilung bringen. Aber vorsichtig müßte sie sein, und überanstrengen dürfe sie sich nicht.

Aber die Ärzte hatten gut reden, denen sah wohl nicht wie ihr das „Makordsystem“ in den Fingern.

Ich, hier müßig liegen müssen, und im Betrieb war Hochsaison.

„Schwester Andrea“, hat die Kranke, „haben Sie keine Arbeit für mich?“

Ja, die hatte welche. Schwester Andrea war ein Sammelgenie. In ihrem Schrank befanden sich eine Menge Kartons mit bunten Garnresten und Seidenfäden, Musterläppchen und Seidenflecken. Und aus all den vielfarbenen Nichtigkeiten wurden bunte Spielereien und niedliche Säckelchen.

Rosa bekam eine Menge Seidenläppchen angewiesen, daraus waren Beeren anzufertigen.

So knüllte und formte und überzog das junge Mädchen wieder, bis der Rücken schmerzte.

Aber heute war ja Sonntag. Die Schwester hatte die Arbeit fortgeräumt, und Rosa hing ihren traurigen Gedanken nach. Mit klingendem Spiel zog unten auf der Straße eine Turnerschare vorbei.

Rosa sah noch ein paar weiße Kleider wehen und feußte; ach ihr schönes neues Kleid, es war ein Traum geblieben.

Da schlug im Tür die dritte Nachmittagsstunde, und ein schmächtiges Persönchen huschte ins Krankenzimmer.

Ueberrascht sah die Kranke auf. Das war ja die Martha, ihre Arbeitsgefährtin. Für gewöhnlich war sie ihr zu ernst und still, aber heute willkommener Besuch.

„Womit beschäftigt Du Dich denn hier den ganzen Tag?“ fragte Martha im Laufe der Unterhaltung.

Da zog Rosa stolz eins ihrer kleinen Kunstfertigkeiten hervor. Auf grünen Seidenblättchen fünf leuchtend rote Beeren.

„Die fertige ich an“, sagte sie und setzte leise hinzu: „Gestern morgen habe ich schon vor sieben Uhr angefangen damit, darum sind die andern Kranken böse auf mich.“

„Das glaube ich schon“, entgegnete die Besucherin.

„Uebereifer macht keine Freude. Und, nicht wahr Rosa, in der Fabrik machst Du später auch wieder die Pausen wie wir. Das Durcharbeiten lohnt sich nicht.“

„Oh bin auch einmal so jung und unüberlegt gewesen, Kind, und habe am eignen Leibe dafür büßen müssen.“

Nachdenklich hatte die Kranke zugehört.

„Und heute ist Rosa längst überzeugte Gewerkschaftlerin, die keine Pause mehr verläumt und auch bei Andern für deren Umkehrung eintritt.“

Es muß aber auch noch gesagt werden, daß bei vielen das Verständnis fehlt, Ferientage so zu verbringen, daß sie Leib und Seele nützen. Wie oft hörte ich, daß Arbeiterinnen ihre Ferien teilten, drei Tage im Herbst für die Kartoffelernte, und drei Tage für das im Ort stattfindende Schützenfest. Oder, von der Großstadt zu sprechen, man besuchte am schönen sonnigen Nachmittage ein Kino oder Theater, anstatt draußen in Wald und Feld für Leib und Geist Erfrischung zu suchen. — Ebenfalls keine Ferien, wie sie sein sollten, weil nichts zurückbleibt, was den Menschen Mut und Fröhlichkeit zum Schaffen gibt.

Wie soll es denn und könnte es sein? Diese Frage beschäftigte die Arbeiterinnen im Barmer Bezirk. Wir haben dann überlegt und bald einen Weg gefunden, der uns auch zum Ziele brachte.

In der bekannten Anstalt Bethel bei Bielefeld, ganz außerhalb des Anstaltsgebietes, liegt von Berg und Wald umgeben in friedlichster Stille der Lindenhof. Ein Volkshochschulheim, das aber auch für Ferienzwecke eingerichtet ist. Das nahm uns auf. Der Preis war, wenn man eigene Bekleidung mitbrachte, M. 2,50, und sonst M. 3,20 pro Tag bei sehr guter Verpflegung. Das war eine Freude. Da wurde von den Kollegen und Kolleginnen gepörrt, um diese Freizeit mit erleben zu können. (Der ganze Betrag mit Fahrgehalt betrug ungefähr 30.— M.) 40 Kolleginnen und 5 Kollegen, alle Bezirksarbeiter, verlebten in drei verschiedenen Wochen dort ihre Ferien; und wie fein waren sie, wundervolle Tage, so haben alle einstimmig gesagt. In schönster Harmonie verlebten die Tage und wie vielseitig. Die ganz Erholungsbedürftigen lagen draußen in der Wiese oder unter einem schönen alten schattigen Lindenbaum in Piegelstühlen und ruhten die abgebannten Glieder, andere machten Wanderungen zum Hermannsdenkmal, Sparrenberg oder durch den Teutoburgerwald. Eine Gruppe las oder erzählte nach Herzenslust. Einen Nachmittag benutzten wir, um die Anstalten mit den vielen armen epileptischen Menschen zu besichtigen. Welch Glanz tat sich da vor unseren Augen auf und wie reich, unendlich reich fanden wir uns alle, die wir doch gesund herumlaufen konnten.

Nach dem Abendbrot wurden Gesellschaftsspiele gemacht oder auch über ernste Fragen unserer Bewegung gesprochen. Vorträge über die Zukunftsaufgaben der christlichen Arbeiterbewegung gehalten, so daß auch der Wille unserer Kollegen und Kolleginnen zur ferneren Mitarbeit gestärkt wurde.

Niel zu schnell vergingen die schönen Tage voll Sonne und Sinnlichkeit. Jeder hatte das Empfinden, das waren Tage von Erfrischung für Leib und Seele. Da lernte man sich erst gegenseitig recht kennen. Da wurde die Kraft für den Kampf des Alltags gestärkt. Da fühlte man sich innerlich in einem Stand verbunden. Ja! So wollen wir ferner Ferientage erleben, die lohnen sich, die geben neue Schaffensfreudigkeit, neuen Mut zum Leben.

Sünge Arbeiterinnen sagten, gleich wenn wir wieder zu Hause sind, fangen wir an, kleine Summen zu sparen; wir wollen lieber einmal auf ein Vergnügen verzichten, aber im nächsten Jahre wieder solche Ferien an solchem Ort erleben. Denn das wären so nützliche Ferientage!

Der erste Versuch ist gelungen und hat dankbare Herzen gefunden. — Ist es nicht eine große Aufgabe unserer christlichen Gewerkschaften, immer mehr Möglichkeiten zu schaffen, damit unsere Arbeiterinnen und Arbeiter ihre kurze Ferienzeit so verbringen, daß sie auch wirkliche Freude bei der kurzen Ausspannung haben und Kräfte sammeln für die tägliche oft sehr schwere Arbeit.   
 O. Pappenheim.

### Sozialpolitisches.

**Der Gesamtverband der Krankentassen Deutschlands, E. B., Sitz Essen, Rüttenstraße 15** ist eine Vereinigung im Sinne des § 114 der Reichsversicherungsordnung und erstreckt sich über das ganze Reichsgebiet. Der Gesamtverband ist der drittgrößte der im Deutschen Reich bestehenden fünf Krankentassenverbände.

Bis zum Jahre 1912 bestand im Deutschen Reich nur der sozialdemokratisch geleitete Hauptverband deutscher Krankentassen, Sitz Dresden, aus dem der jetzt in Berlin bestehende Hauptverband deutscher Krankentassen hervorgegangen ist. Der Hauptverband deutscher Krankentassen ist auch heute noch parteipolitisch eingestellt und steht unter dem Einfluß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der freien Gewerkschaften.

Der parteipolitisch neutrale, auf christlich-nationaler Grundlage stehende Gesamtverband der Krankentassen Deutschlands, Sitz Essen, wurde im Jahre 1912 von damals 44 Krankentassen gegründet, damit auch diejenigen Krankentassen, die nicht parteipolitisch eingestellt sind, eine Spitzenvertretung nach außen hätten. Es waren insbesondere die Vertreter der christlich-nationalen Verbände, des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, der evangelischen und katholischen Arbeitervereine und des Verbandes der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Sunder). Die damals zur Gründung des Gesamtverbandes der Krankentassen Deutschlands schritten. Bei seiner Gründung gehörten dem Verbande 44 Krankentassen mit rund einer Million Mitgliedern an. Heute zählt der Verband über 600 Krankentassen mit rund zweieinhalb Millionen Mitgliedern. Die angeschlossenen Krankentassen verteilen sich auf die einzelnen Bundesstaaten wie folgt:

Rheinprovinz 202, Westfalen 146, Bayern 133, Baden 42, Mitteldeutschland 9, Ostpreußen 39, Schlesien 30, restliche Bundesstaaten 13.

Leider wurde der Gesamtverband durch den Weltkrieg in seiner Entwicklung sehr gehemmt. Während in den Westprovinzen und im Süden des Deutschen Reichs, insbesondere in Rheinland und Westfalen, in Bayern und in Baden der Gesamtverband zahlreich vertreten ist, läßt die Vertretung in den übrigen Bundesstaaten, in der Provinz Hannover, Pommern, Sachsen, Pommern, Schlesien und Grenzmark noch sehr zu wünschen übrig. Es gilt daher besonders in diesen Bundesstaaten für den Beitritt zum Gesamtverbande zu werben. Der Zweck des Gesamtverbandes besteht aus den Bestimmungen seiner Satzung in der Wahrnehmung der den Krankentassen zugewiesenen gemeinsamen Aufgaben und in der Vertretung und Förderung ihrer sonstigen gemeinsamen Interessen. Dieser Zweck soll erreicht werden durch:

1. Vertretung der den Krankentassen gemeinsamen Angelegenheiten bei den gesetzgebenden Körperschaften und Behörden;
2. Rat und Anhaltensleistung in allen Fragen der Reichsversicherung;
3. Bewahrung von Rechtsansprüchen in Streitigkeiten vor dem Reichsversicherungsamt und den Landesversicherungsämtern;
4. Unterhaltung einer Beratungsstelle für Heilweilen;
5. Vereinarbeitungen zwischen den Krankentassen und den anderen Versicherungsträgern;
6. Unterstützung der Mitglieder in ihren Beziehungen zu den Kassenstellen, Ärzten, Zahnärzten, Schichtführern, Krankenpflegern, Heilanstalten, Bade- und Kurverwaltungen, Apothekern, sonstigen Arznei- und Heilmittelhändlern, Fabrikanten, anderen Lieferanten usw.;
7. Regelung der Beziehungen der Krankentassen untereinander;
8. Herausgabe der Verbandszeitschrift „Die Krankentassenversicherung“ und anderer Druckschriften;
9. Bewahrung von Erbschaften über die Verhältnisse der Krankentassen und der verstorbenen Mitglieder;
10. Unterstützung bei Nachnahmen zur Krankenversicherung und Förderung der allgemeinen Gesundheitsverbesserung.

### 11. Abhaltung von Krankentassenversammlungen.

Dem Vorstände des Gesamtverbandes gehören allein drei führende Reichstagsabgeordnete, und zwar die Herren Franz Behrens (Deutschnational), Johann Beder (Zentrum), Paul Ziegler (Demokrat) an. Diese enge Verbindung mit Mitgliedern des Reichstags und durch diese mit der Reichsregierung hat dem Gesamtverband der Krankentassen Deutschlands stets einen besonders großen Einfluß auf die Gestaltung der sozialpolitischen Belange eingeräumt.

Der Gesamtverband gibt die Zeitschrift „Die Krankentassenversicherung“ heraus, die über alles Wissenswerte aus dem Gebiete der Sozialversicherung im allgemeinen und der Krankentassenversicherung im besonderen schnellstens berichtet und zu den brennendsten Tagesfragen Stellung nimmt.

Die Hauptgeschäftsstelle in Essen, Rüttenstraße 15, (Geschäftsführer Friz Schulte) gibt den Krankentassen in allen Fragen Auskunft und unterhält eine Rezeptprüfungsstelle, sowie eine Genossenschaft zum Einkauf von Verbandsstoffen und Artikeln zur Krankenpflege. In Berlin NW. 6, Kurfürstenstraße 38 I, unterhält der Gesamtverband eine besondere Geschäftsstelle, die mit den Regierungsstellen und den Parlamenten enge Fühlung behält und die Belange der Verbandsstellen bei diesen Stellen vertritt. Die Zeitung der Berliner Geschäftsstelle liegt in den Händen des Herrn Reichstagsabgeordneten Franz Behrens.

### Berichte aus den Ortsgruppen.

**Dinklage Old.** Nachdem vor zwei Jahren niedriger Umstände halber die Ortsgruppe eingegangen war, hatte sich doch der Gewerkschaftsverband bei einem Teil der Arbeiterkraft noch gehalten. So konnte denn die Gründung der Ortsgruppe am 20. d. M., einem Wunsche der Arbeiterschaft gemäß, abermals erfolgen. Fast sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Weberei nahmen an der Versammlung teil. Kollege Art. Köster, Rheine, sprach über die Aufgaben und Notwendigkeit der Gewerkschaften in heutiger Zeit. Die Aussprache war eine rege. Alle Anwesenden konnten aufgenommen werden. Vorsitzend ist der Kollege Bernhard K a t h m a n n, Kassierer der Ortsgruppe Josef B e y e r. Im Schlußwort wies der Kollege Art. Köster nochmals auf die augenblicklichen Strömungen in Arbeiterbewegungen hin und betonte, daß demgegenüber dem Arbeiterstande nichts anders übrig bleibe, als dauernden und festen Zusammenschluß.

**Lobberich.** Von unserer Fahrt zur Zentralstelle. Das war eine schöne Fahrt! Düsseldorf war am 27. 6. 1925 das Reiseziel der Arbeiterinnenkommission und einiger Vorstandsmitglieder der Ortsgruppe Lobberich. Um 11.18 Uhr vor-

### Was andauernde Kleinarbeit vermag.

**Kings mit einem rotenden Felsen fließen die Wasser eines kräftigen Bergbachs; sie wuschen ihm die Füße und tanzten hoch an ihm hinauf. „Was wollt ihr leichten, silbernen Wellen?“ fragte der Fels. „Dich bezwingen, du alter, harter, wunderlicher Stein“, antworteten die Wellen: „wir wollen dich umwerfen, daß du fällst und zerfällt.“ Da lachte der Fels; er lachte so recht ruppig, daß das Wasser an ihm zerflaute: „Wich, wo sollt ihr umwerfen? Wich, der ich die härteste Macht der Welt bin? Und ihr seid weich wie die Luft im Lenz. So sagt mir doch, worin besteht denn eigentlich eure Macht?“**

„In der Zeit“, war die Antwort der Wellen. Sie wurden nimmer müde und ließen sich nicht irre machen in ihrem unablässigen Tun, und endlich kam der Tag, wo der Fels stürzte, und das Tal hallte wider von seinem donnernden Fall.

**Die Lehre und Anwendung für uns Gewerkschaftler? Den Mut und die Ausdauer nicht verlieren in der Verbreitung unserer Ideen und in der Gewinnung neuer Mitstreiter. Nie nachlassen, nie etwas für verloren betrachten. Einen Abseitsgehenden unablässig umspülen, wie die Wasser den Felsen, bis seine Hartnäckigkeit zu Fall kommt, und er sich auch in Reich und Glied stellt. Schon mancher Hartnäckige ist nachher das beste Mitglied und der tüchtigste Mitarbeiter geworden.**

mittags war das Ziel erreicht. Es ging zunächst vom Hauptbahnhof zum St. Paulusaus. Dort war gut für die leiblichen Bedürfnisse gesorgt. Im Paulusaus konnte auch die Kollegin W o i t a s k y und die Kollegen S c h a f f r a t h und B r o m m e r begrüßt werden. Ueber die Königsallee durch den Sogarten ging dann zur Hauptgeschäftsstelle unseres Verbandes. Unter Führung des Kollegen B r o m m e r wurde die Betriebsräteabteilung, das Arbeiterinnenmagazin, die Tarifabteilung, das Redaktionszimmer, die Bibliothek, das Sitzungszimmer und die Kassenverwaltungsräume besichtigt. Den Teilnehmern haben die Einrichtungen unserer Zentralstelle gut gefallen. Nach der Besichtigung kam auch der Humor zur Geltung. Voller Lust und Freude verstanden es einige Kolleginnen, durch Wortzug und Gesang die Anwesenden zum herzlichen Lachen zu bringen. Dann ging zum Besuch der im Rahmen des Rheinland-Jubiläums veranstalteten Jagd- und Fischerei-Ausstellung an der Bäderstraße. Eine interessante und belehrende Schau, wohl die größte und schönste dieser Art Deutschlands. Alles, was mit Jagd und Fischerei zusammenhängt, ist auf einem Raum von nicht ganz vier preußischen Morgen zur Ausstellung gebracht. Ein kurzer Rundgang durch die historische und kunstgewerbliche Abteilung, die Kassenverwaltungsabteilung, den großen Trophäenraum mit seinen 3000 Wehrtauen und 500 Hirschgeweihen, zeigt, daß sich hier nicht nur der Jäger, sondern auch das Auge des Laien an dem regen Leben kaufmännischer Art erfreuen kann. Die Fischerei-Ausstellung mit dem Freilandtimpel, der Gewässerabteilung dem See- und Bienenbecken, das Seehäuschen und den vielen hundert Aquarien und Terrarien lösen ebenfalls Staunen und Entzücken aus. Von dem vielen Schauen all der Einzelheiten ermüdet, erfrischten sich die Kolleginnen durch einen Trank guter Milch. Keine Zeit blieb mehr, dem fröhlichen Treiben im Raum der lebendigen Zielsetzungen zuzusehen. Die Kolleginnen konnten nicht am kunstgewerblichen Stand, wo aus Fischgruppen hergestellte Schmuckstücke verarbeitet und verkauft werden, verweilen. Auch war es nicht möglich, im Kino der Ausstellung die Tiere des Waldes und die Fische der Flüsse vor Augen zu sehen. Es ging durch die vielen laufend Besucher dem Ausgang zu. Unter Gesang bringt uns die Fahrt über den Rhein nach Oberkassel und wieder zurück. Die Zeit drängt und muß dem Bahnhof zugewandt werden. Die gute Stimmung hält sich auf der Rückfahrt noch an. Dabei ist die schöne und herrliche Fahrt. Stets wird sie uns Erinnerung sein. Allen, die uns in freundlicher Weise empfingen, die uns begleiteten und führten, sei herzlich gedankt.

**Oberbruch.** Eine wohlgelungene, anregende Konferenz. Am Sonntag, den 12. Juli, hielt das Sekretariat Oberbruch seine vierteljährliche Konferenz ab. Um 11 Uhr vormittags begrüßte der Leiter der Konferenz, Kollege B a r t h o l e m a, die zahlreich erschienenen, unter deren sich auch eine größere Anzahl Kolleginnen befanden. Als Gäste waren

ebenfalls an der Konferenz teil die Herren Dr. B o r h o l t, Bezirkspräsident der kath. Arbeitervereine, Herr B o l l m a r, Herr K r ü c k e l als Führer der Landwirte, Herr Direktor J e n n i s s e n von der Landwirtschaftsschule, Herr Redakteur W a g n e r, sowie der Konsumgenossenschaftssekretär K l i e g e l. Kollege B a r t h o l e m a gab Bericht über die Entwicklung des Sekretariats seit der letzten Konferenz. Trotz der schwierigen Aufklärungsmöglichkeit während des Sommers und der ungeheuren Unkenntnis der Arbeiterschaft über die Gewerkschaftsbewegung, sei es doch noch gelungen, eine weitere Ortsgruppe und zwei Zahlstellen zu gründen. Auch die Steigerung der Mitgliederzahl sei befriedigend. Jedoch hieße es, alle Kräfte angespannt, das Werk weiter auszubauen und zu stärken. Darauf ging Kollege zur wirtschaftlichen Lage über und kennzeichnete das Bestreben der Unternehmer, die Kosten des Wiederaufbaues Deutschlands auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Die Scharfmacher scheuten sogar nicht zurück, mit bewußten Irreführungen Regierung und Behörden für ihre Zwecke dienstbar zu machen. Um so mehr sei es zu bedauern, daß es noch so viele Arbeiter und Arbeiterinnen im Oberbrucher Bezirk gäbe, die den Weg zur Organisation noch nicht finden könnten und abseits der christlichen Gewerkschaften ständen. Wollte die Arbeiterschaft nicht wieder vollständig zum Sklaven werden, so wäre folgendes unbedingt notwendig:

1. Stärkung der christlichen Gewerkschaften zur Hebung der wirtschaftlichen Lage.
2. Anschluß an die konfessionellen Vereine zwecks Schulung und Bildung und zwecks Stärkung der christlichen Grundzüge.
3. Anschluß an die Konsumgenossenschaften zur Stärkung der finanziellen Kaufkraft der Familie.

An diese mit Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine sehr lebhaft ausgeprägte im Sinne des Vortrages an, die sich auch noch nach der Mittagspause ausdehnte. Besonders die als Gäste erschienenen Herren trugen zur Klärung und Aufmunterung bei. Notwendig sei aber, daß die Arbeiterschaft selbst sich ihres Standes bewußt würde, wenn die Hilfe aus anderen Ständen von Nutzen sein sollte. Herr Krückel als Bauernführer betonte ganz besonders den Wert der Volksgemeinschaft zwischen Bauern und Arbeiterschaft. Herr Klügel als Vertreter der Genossenschaft wies nochmals auf das gemeinsame Ziel der Gewerkschaft und Genossenschaft zur Hebung unseres Volkes hin. Es wurde beschlossen, möglichst im Monat August eine Versammlung in Gemeinschaft mit den konfessionellen Vereinen für alle auf christlich nationaler Grundlage stehenden Berufsstände in Heinsberg abzuhalten. Kollege N u b b a u m von der Zentrale sucht nun die Anwesenden durch Frage- und Antwortspiel in die Rechtsfragen des Arbeiterrechts einzuführen. Wenn auch wegen der vorgeordneten Zeit diese Angelegenheit kurz gefaßt werden mußte, so wurde doch in dieser Stunde überaus wichtige Aufklärung geschaffen. Der Wunsch der Teilnehmer war, noch im jetzigen Sommer an einiaen aufeinanderfolgenden Sonntagen diese Fragen gründlich behandeln zu lassen. Die Konferenz, die nach 5 Uhr geschlossen wurde, wurde bei der Eröffnung sowohl wie am Schluß durch wirkungsvoll vorgetragene Gedichte unserer Schriftführerin, Kollegin M a r g a r e t e H i f f e r s, Oberbrucher verschönert, der wir hiermit nochmals unseren Dank auszusprechen

**Waals.** Die Kampfkraft des Verbandes über alles. Am Dienstag, den 14. Juli d. J., fand unter starker Beteiligung unsere Quartalsversammlung statt. Der Kassierer, Kollege B o l d e r s, erstattete den Kassenbericht über das 2. Quartal 1925. Der Durchschnittsbeitrag liegt auch in diesem Quartal. Er beträgt pro Mitglied 51,3 Pfg. Damit steht die Ortsgruppe Waals wieder mit an der Spitze sämtlicher Ortsgruppen unseres Sekretariatsbezirks. Auch werden in Zukunft die Waals Kollegen und Kolleginnen im Opfergeist nicht nachlassen und somit der gesamten Arbeiterschaft ein gutes Beispiel geben. Kollege Wilhelm G r a f, Aachen, berichtete über den Stand unserer Lohnbewegung in der Aachener Textilindustrie und forderte die Mitglieder auf, die Führer in diesen schweren wirtschaftlichen Kämpfen tatkräftig zu unterstützen, gleichzeitig aber auch die Schlagkraft des Verbandes zu erhalten, indem auf der ganzen Linie angemessene Beiträge gezahlt würden. Kollege G r a f wies auf die große Bedeutung der Genossenschaftsbewegung hin und forderte alle Anwesenden auf, nicht nur gute Gewerkschaftler, sondern auch gute Genossenschaftler zu bleiben. Die Aussprache war sehr lebhaft. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entscheidung an: „Die am 14. 7. 25 tagende Quartalsversammlung der Ortsgruppe Waals billigt die Handlungen unserer Führer und beurteilt die schroffe Ablehnung der Arbeitgeber in der Lohnfrage. Führer wie Lohnkommission werden aufgefordert, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, daß die derzeit gültigen Löhne in einer Weise erhöht werden, damit sie mit den Lebenshaltungskosten im Einklang stehen.“

### Besondere Bekanntmachungen.

**Fragebogen über die Betriebsrätewahlen.** Von einer Anzahl unserer Sekretariatsbezirke sind die Fragebogen zur Erfassung der diesjährigen Betriebsrätewahlen bis jetzt noch nicht eingeleistet worden. Die Sekretariatsbeamten werden gebeten, dies in den nächsten Tagen zu tun, oder aber Nachzügeln zu geben, aus welchem Grunde die Bogen nicht eingeleistet wurden bzw. nicht eingeleistet werden können.

Abtlg. Betriebsräte.

### Briefkasten der Schriftleitung.

An alle Ortsgruppen. Der Kollege W o l t e r s von der Ortsgruppe B o c h o l t, Bäumig Weg 13, bittet um, im Briefkasten anzufragen, wo er sogenannte Kopfschneideln zum Gespen in Jophr und Sportleinen erhalten kann. Antworten bitten wir direkt dem Kollegen W o l t e r s zuzufenden.

**S. R. Süchteln.** Eine erlöschene Anwartschaft lebt wieder auf, wenn die Versicherte eine versicherungspflichtige Beschäftigung aufnimmt oder mindestens 200 freiwillige Beiträge zahlt. Ist die Versicherte schon mehr als 60 Jahre alt, so müssen vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens 1000 Beitragsmarken verwendet gewesen sein; ist sie mehr als 40 Jahre alt, so kann die Anwartschaft durch freiwillige Versicherung nur aufleben, wenn vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens 500 Beitragsmarken verwendet gewesen waren und darnach eine Wartezeit von 500 Beitragswochen zurückgelegt wird.

### Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Freie Gewerkschaften und Religion. — Zur Frage des Familienstandes. — Die Lohnfreiheit in der Textilindustrie. — Keine neue Inflation. — Zwei Zwischenhändler. — Feuilletto: Dine Paule. — Allgemeine Rundschau: Betriebsvereine. — Dritter internationaler Kongress der christlichen Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie: Das Ergebnis des Internationalen Baumwollkongresses in Wien. — Aus unserer Arbeiterrinnenbewegung: Urlaub-Unterbringung der Arbeiterinnen. — Sozialpolitisches: Der Gesamtverband der Krankentassen Deutschlands, E. B., Sitz Essen, Rüttenstraße 15. — Berichte aus den Ortsgruppen: Dinklage Old — Lobberich. — Oberbruch. — Waals. — Besondere Bekanntmachungen. — Briefkasten der Schriftleitung.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Zinnenstraße 33.